

Die Welt - de		Print	
Medientyp:	Tageszeitung	Gedr. Auflage:	284852
Erscheinungsdatum:	11.07.2008	Verk. Auflage:	208208
Seite:	16	Verbr. Auflage:	213333
		Reichweite:	690000

Angst in den Geldtürmen

Zehntausende Mitarbeiter von Citibank, Dresdner, Commerzbank und Postbank fürchten um ihren Job. Die Geldhäuser stehen zum Verkauf oder sollen fusioniert werden. Selbst hochrangige Manager müssen bangen

Von Sebastian Jost

Die Gespräche lassen sich meist gut an. Solange es um die künftige Aufgabe geht oder um den Einsatzort, ist alles bestens, auch das Thema Gehalt stört die Atmosphäre nicht. Doch irgendwann kommt die unvermeidliche Frage des Bewerbers: „Wie sieht es denn mit der langfristigen Perspektive in Ihrem Haus aus?“ Dann wissen die Personalisten der Postbank, dass es auch bei diesem Kandidaten kaum gelingen wird, ihn für eine Arbeit bei dem Bonner Institut zu begeistern. „Wir haben sogar schon Schwierigkeiten, gute Schulabgänger für eine Ausbildung bei uns zu gewinnen“, klagt ein Postbanker. Da nützt es auch

nichts, dass die Post-Tochter vergangene Woche noch stolz verkündete, sie werde dieses Jahr 90 Prozent ihrer Lehrlinge nach der Ausbildung übernehmen.

Denn die Postbank steht seit Monaten zum Verkauf. Und je länger ihr Schwebezustand andauert, desto weniger Bewerber wollen dort anfangen – und desto mehr Mitarbeiter wollen weg. Die Postbank ist nicht das einzige Institut, dem es so

geht. In den Fluren und Büros zahlreicher großer Geldhäuser in Deutschland geht die Angst um.

Auch die Citibank soll einen neuen Eigentümer bekommen, dasselbe gilt wohl für die Dresdner, das ungeliebte Geldhaus des Versicherungskonzerns Allianz. Selbst die Volks-

und Raiffeisenbanken denken wieder über eine Verschmelzung ihrer Zentralbanken nach. Eine beispiellose Fusionswelle in der Branche könnte bevorstehen, Szenarien für „Superbanken“ machen die Runde. „Aber was dabei untergeht: Hier stehen nicht nur nackte Bankentürme zum Verkauf, sondern de facto Zehntausende Mitarbeiter“, klagt ein Betriebsrat.

Und diese Mitarbeiter sind jetzt alarmiert. Sie fürchten personelle Kahlschläge nach den Zusammenschlüssen. „In den Banken herrscht bereits jetzt große Angst“, sagt Max Scholz, Partner und Bankenexperte bei der Personal- und Managementberatung Kienbaum.

Für kein Haus gilt das mehr als für die Postbank. Bereits vergangenen Herbst stellte der damalige Post-Chef Klaus Zumwinkel einen Verkauf der 50-Prozent-Beteiligung in Aussicht – doch noch immer ist un-

klar, ob es dazu kommt, geschweige denn, wer der neue Eigentümer sein wird. „Die Unruhe im Haus ist sehr groß, weil die Beschäftigten seit Monaten mit dieser Ungewissheit klarkommen müssen“, sagt Gerd Tausendfreund von der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di.

Im Pausenraum diskutieren die Mitarbeiter verschiedene Fusions-szenarien, am Schalter müssen sie besorgte Kunden beruhigen. „Viele

sagen, wenn ihr bald einem Ausländer oder einer hochnäsigen Großbank gehört, dann bringe ich mein Geld zur Sparkasse“, berichtet ein Postbanker. Der eigenwillige Charme der Post-Tochter, die Briefmarken, Umschläge und Aktienfonds am selben Tresen verkauft, wäre nach einer Fusion dahin.

Der ständige Schwebezustand zermürbt so manchen Mitarbeiter sogar schon körperlich, auch wenn sich das in der offiziellen Krankheitsstatistik dem Vernehmen nach noch nicht niederschlägt: Bei den Betriebsräten beklagen sich immer mehr Postbanker über Schlafstörungen oder Magenbeschwerden. Denn viele fürchten um nichts weniger als um ihre Existenz.

Sollte es zu der zuletzt viel diskutierten Dreierfusion von Postbank, Dresdner und Commerzbank kommen, stünden nach Gewerkschaftsangaben 20 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Und auch bei kleineren Lösungen werden die Einschnitte enorm sein. „Man braucht dann keine zwei Rechenzentren oder Personalabteilungen mehr und auch nicht alle Filialen“, sagt Gewerkschafter Tausendfreund. Selbst bei der Citibank, deren Strukturen im Branchenvergleich als gertenschlank

gelten, machen sich die Mitarbeiter sorgen. „Den Vertrieb kann sicher jeder Käufer gut brauchen, aber bei der Verwaltung kann das anders aussehen“, heißt es im Umfeld der deutschen Privatkundentochter der amerikanischen Citigroup.

30 Prozent der Stellen werden bei einer Großbankfusion mindestens wegfallen, schätzt Unternehmensberater Scholz. Und weil die Branche auch in den kommenden Jahren eher weitere Jobs streichen als neue Stellen schaffen werde, würde eine solche Kündigungswelle gerade über 40-jährige Banker hart treffen. „Viele von denen hätten kaum noch eine Chance in der Branche“, sagt Scholz.

In der Bankerstadt Frankfurt fürchtet man besonders einen Zu-

sammenschluss der Dresdner mit der Commerzbank. Beide Institute machen ein ähnliches Geschäft mit Mittelständlern und Privatkunden, viele Abteilungen würden sich eins zu eins überschneiden. „Im Prinzip könnten sie da eine der beiden Hauptverwaltungen komplett zu machen und den Schlüssel wegwerfen“, sagt ein Gewerkschafter.

Die Angst vor leeren Bankentürmen im Frankfurter Bankenviertel hat sogar die sonst wenig demonstrationslustigen Anzugsträger bereits auf die Straße getrieben. Vorgangene Woche demonstrierten sie vor der Zentrale der Dresdner Bank gegen einen drohenden Stellenabbau. Allerdings war die Gruppe der Protestler noch überschaubar groß. Mehr als 200 Beschäftigte fanden sich nicht ein. „Banker sind eben keine Metaller“, seufzt ein Betriebsrat. „Die kriegen Sie nicht so schnell auf die Straße.“

„Seit 25 Jahren heißt es immer wieder, wir würden übernommen oder fusioniert werden“, sagt ein altgedienter Commerzbanker. Man gewöhne sich an solche Spekulationen. Bei der Dresdner Bank kommt eine gewisse Resignation dazu. Nachdem der Allianz-Konzern auch nach etlichen Sparrunden nicht mit seiner Frankfurter Tochter zufrieden sein kann, seien viele Beschäftigte frustriert, heißt es. Neue Einschnitte lösten da nicht gleich eine Hysterie aus.

Dass von Gelassenheit jedoch ebenso wenig die Rede sein kann, entlarvt die Datenbank von Christian Göttsch. Sein Online-Karrieredienst Experteer vermittelt Stellen für Fach- und Führungskräfte ab 60 000 Euro Jahresverdienst - und registriert immer mehr Bewerberprofile von Bankern. „Anfang 2007 kamen in der Finanzbranche noch zwei Su-

chende auf eine freie Stelle, inzwischen sind es sieben Bewerber pro Platz“, berichtet Göttsch. Die Zahl der Stellensuchenden habe seit Jahresbeginn um 36 Prozent zugenommen. Das hängt teilweise mit der Finanzkrise zusammen, vor allem aber mit Konsolidierungssorgen. So mancher hochrangige Banker hält bereits nach einem rettenden Ufer Ausschau. „Viele erkundigen sich, welche Chancen sie im Markt haben“, sagt Christine Kuhl von der Headhunting-Firma Ray & Berndt-

son. Selbst verdiente Spitzenmanager tummeln sich in Stellenbörsen. So sucht bei Experteer beispielsweise ein Mittfünfziger, der seit acht Jahren im Vorstand einer großen deutschen Bank sitzt, nach einem Geschäftsführer-Posten bei einem Mittelständler.

Denn gerade in den schicken Büros der leitenden Angestellten ist die Angst vor Fusionen groß. „Bei den Führungskräften würde es den größten Kahlschlag geben“, sagt Kienbaum-Berater Scholz. Schließlich brauche eine fusionierte Bank viele Funktionen nur einmal. „Das fängt schon beim Vorstand an“, sagt Headhunterin Kuhl, „der wird nach einer Fusion ja nicht von zehn auf

zwanzig Mitglieder vergrößert.“ Daher ist die Verlockung groß, in letzter Minute zu einer Bank zu wechseln, die den Heiratsmarkt der Branche meidet.

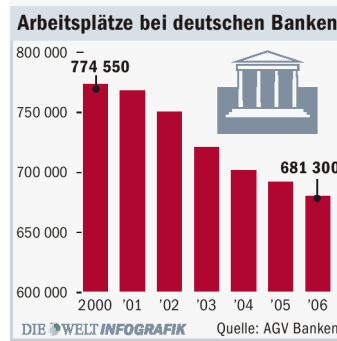
Von den Bleibenden hoffen derzeit viele darauf, dass ihr Institut nicht von einem deutschen Konkurrenten, sondern von einer ausländischen Bank gekauft wird. Dann, so das Kalkül, könnten mehr Jobs erhalten werden, weil der neue

Eigentümer das komplette Filialnetz wie auch den Verwaltungsüberbau brauche. Als Beispiel dafür gilt die HypoVereinsbank in München. „Wenn die HVB vor ein paar Jahren mit der Commerzbank fusioniert hätte, wären 10 000 Stellen weggefallen“, sagt Klaus Grüne-

wald, Leiter des Ver.di-Finanzbranchenteams in Bayern. Stattdessen kam die italienische Großbank UniCredit zum Zuge. Sie habe in einem ersten Schritt nur 1600 Arbeitsplätze abgebaut.

Allerdings relativieren sich die Vorteile mit der Zeit ein Stück weit – auch das müssen die HVB-Beschäftigten gerade erfahren. UniCredit hat inzwischen angekündigt, 1800 Stellen in eigenständige Gesellschaften oder gleich nach Polen auszulagern. Zusätzlich sollen bis 2010 bis zu 2500 weitere Arbeitsplätze wegfallen. „Es ist skandalös, wie gering die Halbwertszeiten der Konzepte hier sind“, schimpft Gewerkschafter Grünewald. Sein Ärger zeigt, dass auch ein ausländischer Käufer für die Beschäftigten selten ein Heilsbringer ist. „Auch ein Ausländer dürfte nach einer Übernahme der Postbank Stellen abbauen, wenn auch wahrscheinlich etwas weniger als eine deutsche Bank“, sagt Personalberaterin Kuhl.

Den meisten Bankern wäre es daher am liebsten, wenn die Fusionswelle wieder versanden würde, ehe sie richtig angerollt ist. „Denn egal wie, wenn es zu Verkäufen oder Zusammenschlüssen kommt, stehen immer Arbeitsplätze auf dem Spiel“, sagt Ver.di-Mann Tausendfreund. Noch darf er sich Hoffnung machen: Seit einigen Wochen mehrten sich die Anzeichen dafür, dass die Partnersuche für die Postbank und die Dresdner Bank noch scheitern könnte. Für die Fusionsarchitekten in den Vorstandsetagen wäre das eine herbe Schlappe, sagt ein Betriebsrat. „Aber für die meisten Mitarbeiter wäre es die beste Nachricht seit langem.“



Mitarbeiter der Dresdner Bank sind sogar schon – untypisch für Banker – auf die Straße gegangen



Bankenviertel im Dunst: Viele Mitarbeiter der Geldhäuser in Frankfurt bangen und suchen neue Jobs.

FOTO: AP; REUTERS